

Elisabeth Ries: Neue Kraft im Bayerischen Sozialausschuss!

Elisabeth Ries wurde einstimmig zur neuen Vorsitzenden des Sozialausschusses des Bayerischen Städtetags gewählt.



Nürnberg, Deutschland - Elisabeth Ries von der SPD hat kürzlich den Vorsitz des Sozialausschusses beim Bayerischen Städtetag übernommen. Die Wahl fand am Mittwoch in München statt, wo Ries einstimmig gewählt wurde. Als Sozialreferentin der Stadt Nürnberg drückt sie ihre Freude über das Vertrauen und die Zusammenarbeit im Ausschuss aus. Der Sozialausschuss befasst sich mit bedeutenden Themen der kommunalen Jugend-, Familien-, Sozial- und Seniorenpolitik, die in den letzten Monaten insbesondere die Finanzierung von Kitas, Leistungsentgelte in der stationären Jugendhilfe, die Unterbringung Obdachloser und die Ausstattung von Frauenhäusern umfassten. Ries hat seit Oktober 2020 als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses gedient und ist seit Mai 2020 für Jugend, Familie und Soziales in

Nürnberg zuständig, so berichtet **t-online**.

Die Herausforderungen, vor denen Kindertagesstätten in Bayern stehen, sind erheblich. Eine Anhörung im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Jugend und Familie hat auf die drängenden Probleme hingewiesen. Kindertagesstätten leiden unter Geld- und Personalmangel, was die Qualität der Einrichtungen gefährden könnte. Über 10.000 Kitas stehen unter Druck, da Fachkräftemangel sowie die hohe Nachfrage nach Betreuungsplätzen bestehen. Der Bedarf an Unterstützung ist unübersehbar, und Sachverständige fordern vehemente Reformen, darunter eine Erhöhung der Basisförderung von derzeit 60 auf mindestens 90 Prozent, was eine zusätzliche Förderung von rund einer Milliarde Euro pro Jahr bedeuten würde, wie **bayern.landtag.de** berichtet.

Finanzierungsproblematik und Personalbedarf

Die Debatte um die Kita-Finanzierung wird von verschiedenen Akteuren angeheizt. Alexa Glawogger-Feucht vom Landesverband katholischer Kitas und Christiane Münderlein vom evangelischen Kita-Verband Bayern betonen die Notwendigkeit, die Finanzlücke zu schließen. Die derzeitigen gesetzlichen Vorgaben belasten die finanziellen Ressourcen der Kommunen, wie Manfred Riederle vom Bayerischen Städtetag warnt. Aufgrund des Personalmangels bleiben sogar über 100 Plätze ungenutzt, was der Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn und zahlreichen anderen Kommunen große Sorgen bereitet.

Um dieser Misere entgegenzuwirken, wird auch ein Bürokratieabbau gefordert, um den Kindertagesstätten mehr Handlungsspielraum zu ermöglichen. Vorschläge zur Entlastung des Personals beinhalten die Einstellung von mehr nicht-pädagogischem Personal für Verwaltungsaufgaben. Diese Entwicklungen stehen im Kontext des von dem Bayerischen Familienministerium ins Leben gerufenen Bündnisses für

frühkindliche Bildung, das zukunftsorientierte Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen in der Kinderbetreuung entwickeln soll, wie auf stmas.bayern.de dargelegt wird.

Ausblick und zukünftige Herausforderungen

Der Bedarf an Betreuungsplätzen und Fachkräften wird voraussichtlich weiter zunehmen, insbesondere mit dem ab 2026 geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. Um bereits jetzt auf diesen Anstieg zu reagieren, arbeiten an dem Bündnis zahlreiche Partner, darunter das Bayerische Staatsministerium für Familie sowie verschiedene Wohlfahrtsverbände. Ziel ist es, die Qualität der frühkindlichen Bildung aufrechtzuerhalten und soziale Unterschiede abzubauen. Frühkindliche Bildung hat das Potenzial, langfristige soziale Ungerechtigkeiten zu minimieren und zu einer gerechteren Gesellschaft beizutragen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Nürnberg, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.t-online.de• www.bayern.landtag.de• www.stmas.bayern.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de